

Datenschutzerklärung Haushalt

Hinweis zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich des Haushalts / IT-Haushalts durch das Amtsgericht Pankow/Weißensee (Informationen nach Art 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung).

- Das Amtsgericht Pankow/Weißensee verarbeitet personenbezogene Daten von Lieferanten, Dienstleistern und weiteren Vertragspartnern, Anwälten und Parteien im Rahmen des Vergabe- und Haushaltsrechts. Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ernst und möchten Ihnen mit dieser Datenschutzerklärung einen Überblick darüber geben, an wen Sie sich zur Geltendmachung Ihrer Rechte oder bei Fragen zum Datenschutz wenden können, welche Art von Daten zu welchem Zweck erhoben und wie sie verwendet werden und welche Rechte Ihnen gegenüber dem Amtsgericht Pankow/Weißensee nach dem Datenschutzrecht zustehen.
- Die in diesen Hinweisen bezeichneten Gesetze können Sie im Internet unter <http://www.gesetze-im-internet.de> (Bundesrecht), <http://www.gesetze-berlin.de> (Landesrecht Berlin) und <http://eur-lex.europa.eu> (Recht der Europäischen Union) in der jeweils geltenden Fassung abrufen.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung beim Amtsgericht Pankow/Weißensee verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

- **a.) Verantwortliche Stelle**
Ihre personenbezogenen Daten werden durch das Amtsgericht Pankow/Weißensee, Parkstr. 71, 13086 Berlin, Tel: (030) 90245-0, verarbeitet.
- **b.) Ihr Ansprechpartner bei Fragen zum Datenschutz: die/der behördliche Datenschutzbeauftragte**
Die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten des Amtsgerichts Pankow/Weißensee lauten:
Der Präsidentin des Amtsgerichts Pankow/Weißensee
- z. Hdn. d. Datenschutzbeauftragten -
Parkstr. 71
13086 Berlin
Der Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang zuständig.

2. Aus welchen Quellen stammen Ihre personenbezogenen Daten?

- Wir verarbeiten im Rahmen des Haushaltsrechts, der Vergabe und Beschaffung die personenbezogenen Daten, die wir von Ihnen durch Angebotsabgabe, Vertragsschluss oder Rechnungslegung zur Verfügung gestellt bekommen haben.
Die Speicherung dient dem Zweck, im Rahmen der Vergabe, bestehender Verträge und Rechnungslegung in Kontakt treten zu können, Leistungserbringung nachzuvollziehen, Zahlungen vorzunehmen. Gegebenenfalls erfolgt in Einzelfällen eine Kontaktaufnahme über die durch Sie freiwillig zur Kontaktaufnahme zugänglichen Veröffentlichungen, wie Webseiten, Onlineshops und Werbemedien. Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 der EU-Datenschutz-Grundverordnung werden nicht verarbeitet.
Bei Mitarbeitenden der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden die dienstlichen Adressdaten erfasst, sofern diese zur Bestellabwicklung, Lieferung und Inventarisierung notwendig ist.

3. Aufgrund welcher Rechtsgrundlagen und zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre Daten?

- Wir verarbeiten im Haushalt personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-DSGVO, insbesondere Art. 6 Abs. 1 lit a) bis c), dem Berliner Datenschutzgesetz, sowie den weiteren einschlägigen Gesetzen.

4. Wem gegenüber werden Ihre personenbezogenen Daten offengelegt?

Zugang zu Ihren Daten erhalten nur die Mitarbeitenden des Haushalts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die mit der Bearbeitung betraut sind, deren Zuarbeit benötigt und deren Stellungnahme einzuholen ist.

Dritten gegenüber werden nur Daten auf Grundlage gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Einigung übermittelt.

5. Wie lange speichern wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Dauer der Speicherung Ihrer Daten richtet sich nach der Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Nr. 10.1 u. Anlage 1 Nr. 2.10 Ausführungsvorschrift zu § 71 Landeshaushaltsordnung.

6. Welche Rechte stehen Ihnen als betroffene Person gegenüber dem Amtsgericht Pankow/Weißensee zu?

Um Ihre personenbezogenen Daten wirksam schützen zu können, gewährt Ihnen das Datenschutzrecht eine Reihe von Rechten, die Sie gegenüber dem Amtsgericht Pankow/Weißensee geltend machen können:

- **a.) Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Gemäß Art. 15 Abs. 1 EU-DSGVO haben Sie das Recht auf Auskunft darüber, ob wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten. Ist dies der Fall, haben Sie Anspruch auf weitere Informationen (Art. 15 Abs. 2 EU-DSGVO). Das Auskunftsrecht wird durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten beschränkt (Art. 15 Abs. 4 EU-DSGVO).

- **b.) Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, Art. 16, 17 und 18 EU-DSGVO**

Sie haben nach Art. 16 EU-DSGVO das Recht, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger Daten und die Vervollständigung unvollständiger Daten – auch mittels ergänzender Erklärung – zu verlangen.

Ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten steht Ihnen nach Maßgabe des Art. 17 EU-DSGVO dann zu, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die Aufbewahrungsfristen für die betreffenden Verfahrensakte abgelaufen sind, wobei wir die Akten in diesem Fall ohnehin von Amts wegen unaufgefordert vernichten.

Unter den Voraussetzungen von Art. 18 EU-DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

- **c.) Recht auf Widerspruch, Art. 21 DSGVO**

Sie haben gemäß Art. 21 EU-DSGVO – soweit nicht eine gesetzliche Verpflichtung zu bestimmten Angaben geltend gemacht wird – das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Im Fall einer Beendigung der Datenverarbeitung aufgrund eines Widerspruchs ist eine weitere Bearbeitung des Vorganges nicht mehr möglich.

7. Ihr Recht auf Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Art. 77 EU-DSGVO

Mit Ihrem Anliegen bezüglich Ihrer von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an uns wenden. Es steht Ihnen aber auch frei, sich mit einer Beschwerde an die

- Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Friedrichstraße 219

10969 Berlin

zu wenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung im Bereich der Gerichte unterschiedliche Auffassungen bestehen und der Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Diese Datenschutzerklärung soll gegebenenfalls angepasst werden, um möglichst viel Transparenz hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu schaffen.